54. Jahrgang. № 295. Sonntag, 24. Oktober 1909.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäftl. Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38 40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Rollschuhe B. A. Müller Kgl. Sächs. Hoflieferant 32/34 PRAGER STRASSE 32/34. Paar von Mark 2,25 an, mit 4 und 2 Rollen, unerreichte Auswahl. Rollschuh-Spezial-Preisliste kostenfrei.

Kunst-Salon von Emil Richter Prager Strasse Prager Strasse **Hochzeits-Geschenke.** Geschmackvoll :: Künstlerisch :: Preiswert.

Wir empfehlen eindringlichst den **Staubsauge-Apparat „Weltwunder"** als seinen Zwecken in idealer Weise entsprechend. Jederzeit bei uns in Betrieb zu sehen. **Ebeling & Croener,** Installationsgeschäft, **Bankstrasse 11.**

Lederwaren. Reise-Artikel. Weitgehendste Auswahl in **Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. Adolf Näter,** Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft **26 Prager Strasse 26.**

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

Die Vorsitzenden der Arbeitsausschüsse der nationalen Arbeiter- und Gehilfenorganisationen von Dresden, Leipzig und Chemnitz trugen gestern dem Minister Grafen Vitzthum von Eckstädt ihre Wünsche vor, deren weitgehendste Berücksichtigung der Minister versprach.

Der Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie erläßt einen beherzigenswerten Aufruf zur Einigkeit unter den bürgerlichen Parteien.

Der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Nieberding hat wegen vorgerückten Alters seinen Abschied erbeten und erhalten.

Der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht trat gestern in München zu seiner dritten Generalversammlung zusammen.

Königin Wilhelmina von Holland und Prinzgemahl Heinrich werden im nächsten Frühjahr die Höfe Europas besuchen.

Blériot vollführte gestern in Gegenwart des österreichischen Kaisers in Wien einen glänzend gelungenen Aufstieg.

Der Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zwischen Madrid und Fez steht unmittelbar bevor.

Der Zar ist gestern nachmittag in Racconigi angekommen.

Ein Menetekel!

Miserabel lauten die Meldungen, die aus Koburg kommen: der sozialdemokratische Kandidat hat dort bei der Reichstagsstichwahl den bürgerlichen Bewerber um das Mandat mit einer Mehrheit von über 400 Stimmen aus dem Felde geschlagen. Das ist ein harter Schlag für die Sache der Ordnung und Staatserhaltung, der in erster Linie ein klares und unumwundenes Eingeständnis von seiten der bürgerlichen Parteien verlangt, daß sie mit diesem Siege der Partei des Umsturzes eine schwere nationale Schuld auf sich geladen und eine starke Versündigung an den hohen, gemeinschaftlichen Interessen begangen haben, die von der rastlosen Wühlarbeit der revolutionären Elemente bedroht werden. Selbsterkenntnis ist allemal der erste Schritt zur Besserung, und so muß denn auch in diese schmerzliche Wunde rücksichtslos die Sonde eingeführt und unerbittlich die Schuldfrage festgestellt werden. Dabei ergeben sich keine Zweifel, auf wessen Konto die Niederlage zu setzen ist. Der Freisinn hat hier in einer Weise versagt, für die angesichts der gesamten innerpolitischen Lage kein Wort der Kritik zu scharf sein kann. Ein Blick auf die Wahlstatistik im Koburger Kreise ergibt die Größe der nationalen Verantwortung, die dort den bürgerlichen Kreisen oblag, und ein Vergleich mit der Art, wie diese Verantwortung praktisch betätigt worden ist, beleuchtet dann auch ohne weiteres den Umfang der Verfehlung, die den in der Erfüllung ihrer patriotischen Pflicht allzu säumig gewesenen freisinnigen Wählern und ihrer Parteileitung zur Last fällt.

Bei den Neuwahlen im Jahre 1907 erzielten die Vertreter der drei in Koburg um das Mandat ringenden Parteien im ersten Wahlgange eine ziemlich gleiche Stimmenzahl; es wurden für den nationalliberalen Kandidaten 4437, für den sozialdemokratischen 4306, für den freisinnigen 4128 Stimmen abgegeben. In der Stichwahl kam dann der nationalliberale Kandidat mit freisinniger Hilfe mit einer so erheblichen Mehrheit durch, daß der Wahlkreis immer noch als sicherer Besitz der Ordnungsparteien, wie er es bisher stets gewesen war, gelten mußte. Bei der jetzigen Hauptwahl aber änderte sich das Bild bereits bedeutend. Diesmal brachte es der Nationalliberale nur auf 3460 Stimmen, denen 3041 freisinnige Stimmen gegenüberstanden, während die Stimmenzahl für den sozialdemokratischen Kandidaten auf 6185 anschwoll. Wenig hätte gefehlt, so wäre der Wahlkreis schon beim ersten Ansturm in die Hände der Umsturzpartei gefallen. Die Sozialdemokratie blies ob dieses Erfolges mächtig Fanfare und jubelte in ihrer Presse, daß „die bürgerliche Feste Koburg" verloren sei und bald die rote Fahne von ihren Zinnen flattern werde. Gerade dieses unbändige Triumphgeschrei der Partei des Umsturzes hätte noch im letzten Augenblick den Freisinnigen die Augen öffnen und sie zu einem ehrlichen, kraftvollen, von allen engherzigen Sondererwägungen freien Eintreten zugunsten des nationalliberalen Kandidaten veranlassen müssen. Es wäre in diesem Falle die unbedingte nationale Pflicht der Freisinnigen gewesen, so zu handeln, wie es die sächsische konservative Parteileitung angesichts des Ausfalls der Landtagswahlen ohne Besinnen mit einer im höchsten Grade dankenswerten Loyalität getan hat: sie mußten unverzüglich eine jede Zweideutigkeit ausschließende Kundgebung erlassen, die es jedem ihrer Anhänger zur Ehrenpflicht machte, den Sieg des Sozialdemokraten in Koburg zu verhindern. Zu einer solchen, von echt nationalem und staatserhaltendem Geiste diktierten Haltung hat sich aber der Koburger Freisinn nicht aufzuraffen vermocht. Er zog es vor, auf dem Standpunkte eines kleinlichen Parteihaders, einer beschränkten Kirchturmspolitik zu verharren, und tat nichts, um den im Wahlkreise herrschenden Gegensatz seiner politischen Freunde gegen die nationalliberale Partei zugunsten der gemeinschaftlichen ordnungsparteilichen Sache so gründlich auszugleichen, daß der Sieg des Nationalliberalen bei der Stichwahl gesichert gewesen wäre. So kam es denn, wie es kommen mußte! Eine Politik der kläglichsten Rankünе, die nicht über die allerengsten Grenzen doktrinärer Verranntheit und persönlicher Zänkereien hinauszublicken vermag, behielt die Oberhand und verhalf teils durch Wahlenthaltung, teils durch direktes Ueberläufertum der freisinnigen Wähler zur Sozialdemokratie dieser zu einem wohlfeilen Triumphe, der bei gewissenhafter nationaler Pflichterfüllung des Freisinns mit Sicherheit hätte verhindert werden können.

Aus der bitteren Lehre der Koburger Stichwahl geht vor allem das eine mit aller Schärfe und Bestimmtheit hervor, daß die Freisinnigen auch heute noch weit davon entfernt sind, als zuverlässige Stützen der nationalen und staatserhaltenden Sache im Kampfe wider den inneren Feind bewertet werden zu können. Sie sind und bleiben trotz aller Ansätze zu einer besseren Erkenntnis unsichere Kantonisten, die sich nicht bedingungslos von dem Liebäugeln mit der Sozialdemokratie loszumachen imstande sind. An dem Koburger Falle erkennt man deutlich, wie genau die Mehrheit auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitage in Leipzig wußte, was sie tat, als sie die von einem Kreise allzu zielbewußter „Genossen" eingebrachte geharnischte Resolution gegen den Freisinn ablehnte. Die taktisch veranlagten „Genossen" kennen ihre freisinnigen Pappenheimer nur allzu gut. Sie rechnen mit der alten Erfahrung, daß die freisinnigen Doktrinäre, von einzelnen rühmlichen Ausnahmen innerhalb der volksparteilichen Richtung abgesehen, von ihrer eingewurzelten Vorliebe für die Verbrüderung mit der Partei des Umsturzes so leicht nicht ablassen können und immer wieder ihrem Unverstande nach dieser Richtung zum Opfer fallen. Auch in Koburg ist diese verquerte Geistesrichtung der Freisinnigen in die Erscheinung getreten und hat der gemeinsamen bürgerlichen Sache schweren Schaden zugefügt. Das nationale Urteil über ein solches Verhalten, das jeder gesunden politischen Vernunft ins Gesicht schlägt und den elementarsten Forderungen nationaler Einsicht und Disziplin gegenüber dem inneren Feinde Hohn spricht, steht unweigerlich fest. Es ist kein Ruhmesblatt, das der Freisinn in Koburg in seine parteipolitische Geschichte eingefügt hat. Je gewisser und nachdrücklicher aber die allgemeine rückhaltlose Verurteilung ist, der das Versagen des Freisinns bei der Koburger Stichwahl vom nationalen Standpunkte aus begegnet, desto stärker muß auch der Druck der nationalen öffentlichen Meinung auf alle noch halbwegs der Einkehr und Selbstbesinnung fähigen freisinnigen Kreise wirken, um sie zur Erkenntnis des hier begangenen Unrechts zu bringen und einer künftigen, den staatserhaltenden Interessen besser entsprechenden Stellungnahme ihrer Parteigenossen gegenüber der Sozialdemokratie die Wege zu ebnen.

Wie weit nach dieser Richtung ein günstiges praktisches Ergebnis erzielt wird, muß abgewartet werden. Einstweilen kann nur festgestellt werden, daß das Verhalten des Freisinns in dem Wahlkreise Halle, wo ebenfalls in nächster Zeit eine Reichstagsersatzwahl bevorsteht, bisher durchaus nicht von dem Bestreben geleitet gewesen ist, durch den Verzicht auf eine unangebrachte und nutzlose parteipolitische Polemik der Einigkeit unter der bürgerlichen Wählerschaft Vorschub zu leisten. Die Hallenser Freisinnigen gefallen sich vielmehr in einer maßlosen Kritik gegenüber den Konservativen, bei der mit den schärfsten Schlagwörtern gegen die „Agrarier" nicht gekargt wird, und tun genau so, als ob die Früchte des Wahlsieges ihnen von selbst in den Schoß fallen müßten. In Wirklichkeit liegt dagegen die Sache so, daß auch der Hallenser Wahlkreis, in dem die sozialdemokratische Agitation im Zusammenhang mit den dort ausgebrochenen schweren Streikunruhen ihren Höhepunkt erreicht hat, in Gefahr steht, an die Partei des Umsturzes verloren zu gehen, wenn nicht die bürgerlichen Parteien wie ein Mann zusammenstehen. In richtiger Würdigung dieser Sachlage haben denn auch die verschiedenen bürgerlichen Richtungen in Halle nicht gezögert, trotz der gegen sie gerichteten Angriffe der freisinnigen Myrmidonen ihrem Willen, mit allen Kräften einen Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern, in so einwandfreier Weise Ausdruck zu geben, daß an dem nachdrücklichen Ernste dieser Kundgebungen nicht zu zweifeln ist. Die Konservativen haben erklärt: „Wir Konservativen verlangen nicht, daß der freisinnige Kandidat auch nur ein Jota seiner Grundsätze aufgebe. Dennoch: wir treten für ihn ein. Für uns gilt der Kampf der internationalen, kultur- und volksfeindlichen Sozialdemokratie", und genau in dem gleichen Sinne sind auch die Wahlparolen der Freikonservativen und Nationalliberalen gehalten. Von dem Patriotismus und der parteipolitischen Selbstzucht der genannten drei Parteien im Kreise Halle darf erwartet werden, daß sie sich in ihrer von den höchsten nationalen Gesichtspunkten bestimmten Haltung durch die üblen Erfahrungen mit dem Freisinn anläßlich der Koburger Wahl nicht beirren lassen. Insbesondere wird es Sache der Nationalliberalen sein, für Koburg keine parteipolitische Vergeltung in Halle zu üben, sondern fest und unverrückt das große gemeinsame Ziel im Auge zu behalten. Vielleicht bringt es den Freisinn doch zur Besinnung, dem in solcher Weise von den anderen bürgerlichen Parteien feurige Kohlen auf sein Haupt gesammelt werden, die in sein politisches Bewußtsein die Mahnung einbrennen, daß das Vaterland mehr gilt als die Partei.

Neueste Drahtmeldungen

vom 23 Oktober.

Weitere Preßstimmen zu den sächsischen Landtagswahlen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Blätter beschäftigen sich teilweise noch mit dem Ausfall der sächsischen Landtagswahlen, ohne indes Bemerkenswertes hervorzubringen. Die „Kreuzztg." konstatiert, daß der Traum einer liberalen Mehrheit jedenfalls heute bereits zerstört ist. Jetzt gelte es nur noch, die Ueberflutung der Kammer durch die rote Internationale hintanzuhalten. Hoffentlich würden sich wenigstens in diesem Punkte die Liberalen zuverlässig erweisen. — Die „Deutsche Tagesztg." schreibt: „Der „Reichsbote" glaubt, den Wahlen das erklärende Leitwort aufprägen zu dürfen: Das sind die Folgen der Finanzreform. Nun ist es ja richtig, daß die Gegner mit der Finanzreform weidlich gekrebst und gehetzt haben; wie erklärt sich aber der „Reichsbote", daß die ländlichen Wahlkreise, die durchaus auf dem Boden der Reichsfinanzreform standen und stehen, sich am besten gehalten haben? Wie erklärt er sich, daß die städtischen Konservativen, die im allgemeinen mit der Finanzreform und im besonderen mit der Nachlaßsteuer nicht einverstanden waren, so überaus schlecht abgeschnitten haben? Wie erklärt er sich endlich, daß die Liberalen und die Freisinnigen, die die Finanzreform mindestens ebenso scharf und entschieden bekämpften, wie die Sozialdemokraten, keine Erfolge erzielten? Würde der „Reichsbote" nicht besser tun, wenn er es den liberalen Blättern überlassen wollte, immer und immer wieder, selbst bei durchaus ungeeigneten Anlässen, gegen die Reichsfinanzreform zu Felde zu ziehen?"

Eine beherzigenswerte Mahnung zur Einigkeit.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie erläßt folgenden Aufruf: „Der Gedanke, daß die Finanzen des Reiches durch Erschließung neuer Einnahmequellen einer dauernden Gesundung entgegengeführt werden müssen, war bereits Gemeingut aller staatserhaltenden Parteien geworden. So einmütig die Erkenntnis war, daß man dem Reiche geben müsse, was dem Reiche gebührt, so grundverschieden waren aber die zu diesem Zwecke vorgeschlagenen Mittel und Wege. Nur unter schweren inneren Erschütterungen ist die Neuordnung der Reichsfinanzen erfolgt. Der Streit über die Zweckmäßigkeit des von der Mehrheit der deutschen Volksvertretung gewählten Weges hat leider zur Zerklüftung derjenigen Parteien geführt, die seither unbeschadet aller Parteigegensätze einig waren in dem Ziele der Durchführung der dringendsten nationalen Aufgaben. Reichstag und Bundesrat haben das Werk, dessen Gelingen sich fast unüberwindbare Schwierigkeiten entgegenstellten, zu Ende geführt, weil eine rasche Lösung gefunden werden mußte. Der Streit um die Art der Lösung der Finanzreform durchzittert noch heute die weitesten Schichten des deutschen Volkes. Die scharfen Fehden innerhalb der bürgerlichen Parteien müssen jedoch beendet werden, wenn nicht die ganze nationale Arbeit leidet, wenn nicht als lachender Dritter die Sozialdemokratie, der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft, aus dieser Zerklüftung dauernden Gewinn ziehen soll. Die letzten Ersatzwahlen zum Reichstag und verschiedene Landtagswahlen haben ge-